



Geflüchtete sollen Zugang zu Stipendien bekommen

Der Urner Regierungsrat unterstützt faire Bildungschancen für Geflüchtete mit dem Ausweis F trotz Kostenverschiebung.

Melissa Siegfried

In Uri sollen auch Menschen mit Ausweis F Stipendien erhalten können. So fordert es eine Motion von Chiara Gisler (SP, Altdorf) mit dem Titel «Gerechte Bildungschancen für alle», die am 27. März eingereicht wurde. Das Ziel sei eine Anpassung der gesetzlichen Grundlage, um eine gerechtere Bildungsförderung zu gewährleisten. In seiner Antwort empfiehlt der Regierungsrat dem Landrat, die Motion erheblich zu erklären. Die Stipendienverordnung soll entsprechend geändert werden. Dies würde eine Kostenverschiebung in der finanziellen Unterstützung der Ausbildung von vorläufig Aufgenommenen bedeuten.

Chiara Gisler (SP, Altdorf) brachte die Motion mit dem Titel «Gerechte Bildungschancen für alle» in den Urner Landrat ein. Sie argumentiert, dass vorläufig aufgenommene Personen, die mit einem F-Ausweis leben, im Vergleich zu Flüchtlingen mit einem B-Ausweis benachteiligt sind, wenn es um den Zugang zu Stipendien geht. Während Flüchtlinge nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz anspruchsberechtigt sind, müssen vorläufig Aufgenommene diese Wartezeit ebenfalls erfüllen, bevor sie von Bildungsstipendien profitieren können. Diese Regelung, so Gisler, führe zu unnötigen Unterbrechungen in der Bildungsbiografie, was sich negativ auf deren Integrationspro-

zess und somit auf die Gesellschaft und die Wirtschaft auswirke.

Regierung erklärt sich für Änderung bereit

Die Urner Regierung antwortete auf die Motion und wies darauf hin, dass gemäss der Verordnung über die Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen nur in der Schweiz wohnhafte und anerkannte Flüchtlinge und Staatenlose anspruchsberechtigt seien. Vorläufig aufgenommene Personen (auch Geflüchtete mit dem Schutzstatus S) seien gemäss langjähriger Praxis nicht beitragsberechtigt. Die Änderung dieser Regelung obliege somit dem Landrat, der die Stipendienverordnung anpassen müsste. Der Regierungsrat erklärt sich bereit, einen Antrag zur Änderung der Verordnung der geplanten Revision vorzulegen.

Im Gegensatz zu den Behauptungen von Gisler (Zweitunterzeichnerin Eveline Lüönd; Grüne, Schattdorf) sei es in Uri bereits möglich, dass vorläufig Aufgenommene eine Ausbildung absolvieren können. Das Case Management der Abteilung Integration erstelle individuelle Integrationspläne für sowohl anerkannte Flüchtlinge als auch vorläufig Aufgenommene, die den Grundsatz «Ausbildung vor Arbeitsmarktintegration» befolgen, heisst es weiter in der Antwort. Diese Personen werden bei Bedarf finanziell unter-

stützt, hauptsächlich über die kantonale Sozialhilfe, da eine Mitfinanzierung über Stipendien derzeit nicht möglich sei.

Länger von Sozialhilfe abhängig

Dass einer vorläufig aufgenommenen Person in Uri aus finanziellen Gründen eine Ausbildung verwehrt bliebe, ist dem Regierungsrat nicht bekannt. Statistiken zeigen, dass in Uri rund 20 Prozent der vorläufig Aufgenommenen und 42 Prozent der anerkannten Flüchtlinge, alle im Alter zwischen 16 und 30 Jahren, eine Ausbildung absolvieren. Die niedrigere Ausbildungsquote könnte auf deren Status und die Bestrebungen, diesen zu ändern, zurückzuführen sein, heisst es im Bericht der Regierung. Die Ausbildung könnte sich negativ auf die Chancen auf eine spätere Niederlassungsbewilligung auswirken, weil eine Person dadurch länger abhängig von Sozialhilfe bleibt.

Insgesamt empfiehlt der Regierungsrat dem Landrat, die Motion erheblich zu erklären. Eine mögliche Revision der Stipendienverordnung würde eine Kostenverschiebung in der finanziellen Unterstützung der Ausbildung von vorläufig Aufgenommenen bedeuten, weg von Leistungen der Sozialhilfe hin zu Stipendien. Damit könnte eine gerechtere Bildungsförderung für vorläufig Aufgenommene erreicht werden. Der Vorstoss von Chiara Gisler wird in

Datum: 14.05.2024

Urner Zeitung

Urner Zeitung
6370 Stans
041/ 615 62 70
<https://www.luzernerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 2'398
Erscheinungsweise: 5x wöchentlich



Seite: 19
Fläche: 35'712 mm²



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizerischer Wissenschaftsrat SWR
Conseil suisse de la science CSS
Consiglio svizzero della scienza CSS
Swiss Science Council SSC

Auftrag: 3012738 Referenz: 91910623
Themen-Nr.: 370.010 Ausschnitt Seite: 2/2

der Landratssession am 22. Mai
behandelt.